

DIE LINKE.

Fraktion im Kreistag der Wetterau

Sparkasse schließt Filialen

Sind Bankkunden unrentabel?

Die Sparkasse Oberhessen hat zahlreiche Filialen geschlossen, die sie als unrentabel eingestuft hat. Selbst die Briefkästen wurden zugeschraubt. Gleichzeitig wirbt die Bank mit dem Slogan „Regional und vor Ort“ um Privatkunden.

DIE LINKE. Wetterau sieht diese Entwicklung sehr kritisch. Denn Sparkassen sind besondere Kreditinstitute. Sie haben den gesellschaftlichen Auftrag, für das Gemeinwohl zu arbeiten, die

mittelständische Wirtschaft in der Region zu unterstützen und den Bürger:innen ihre Bankgeschäfte zu ermöglichen.

Für DIE LINKE. sticht das

Fortsetzung Seite 7

Die Krise hat System

Über Pioniertaten, Pannen und Profite.

Ein Gespräch mit den drei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag der Wetterau zum Thema Corona.

Lesen Sie die Seiten 4 bis 6

Neue Mietobergrenzen: Wetteraukreis rechnet Vergleichsmieten klein *Seite 2*

Bloß nicht übermütig werden!
Hartz4 wurde um ganze drei Euro erhöht. *Seite 3*



Der Rote Laden ist umgezogen

Sie finden DIE LINKE. jetzt in der Usagasse 26, Friedberg. mail: info@die-linke-wetterau.de
homepage: www.die-linke-wetterau.de

Bombenstimmung!

Die NATO führt George Orwells „1984“ auf. Die Begriffe verdrehen ihre Bedeutung: NATO-Krieg ist Frieden, NATO Aufrüstung ist Abrüstung.

Seite 7

Ab 1. Januar gelten neue Mietobergrenzen

Wetteraukreis rechnet Vergleichsmieten klein

DIE LINKE. fordert einen qualifizierten Mietspiegel statt klein gerechneter Mietobergrenzen.

Die Mieten auf dem Wohnungsmarkt steigen und steigen. Aber die Wetterauer Mietobergrenzen wachsen nicht mit. Immer wieder kritisierte DIE LINKE. Kreistagsfraktion, dass es keinen qualifizierten Mietspiegel gibt. Damit werden die Mietpreise des Wohnungsmarktes nur unzureichend berücksichtigt.

Nur knapp ein Viertel der Daten, die für die Berechnung der Mietobergrenzen herangezogen werden, stammen vom freien Wohnungsmarkt. Dagegen werden 75 Prozent der Daten aus Bestandsmieten abgeleitet. Das sind Wohnungen, die teilweise seit Jahrzehnten bewohnt sind und deshalb weit unter den heutigen Mietpreisen liegen. Frei und beziehbar sind diese Wohnungen nicht.

Der Wetteraukreis wählt diese Berechnungsweise, um seine Zuschüsse zur Miete

zu drücken. Dabei ist im Sozialgesetzbuch II festgeschrieben, dass eine monatliche Pauschale nur dann vorgegeben werden kann, »wenn auf dem örtlichen Wohnungsmarkt ausreichend freier Wohnraum verfügbar ist.« Das hat das Bundessozialgericht mehrfach bestätigt.

DIE LINKE. Kreistagsfraktion beanstandet auch nicht zum ersten Mal, dass die Berechnungen mit einer zu geringen Datenbasis angestellt werden. Das führt in drei von vier Vergleichsräumen zu Fehlern.

„Viele Menschen können die explodierenden Mieten kaum noch bezahlen“, kritisiert DIE LINKE.

Das trifft nicht nur Menschen, die soziale Hilfen brauchen sondern inzwischen auch viele Normalverdiener:innen.

Es wird Zeit, dass der Wetteraukreis mit seiner kreis-

Zum 1. Januar 2022 hat der Wetteraukreis seine Mietobergrenzen aktualisiert. Obergrenzen deckeln die Mietzuschüsse für Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind. Dieser Personenkreis darf nur eine Wohnung einfachen Standards bewohnen und die Miete muss unter der vorgegebenen Mietobergrenze liegen.

eigenen Wohnungsbau-gesellschaft in die Gänge kommt und bezahlbaren Wohnraum schafft! Mit einer rigiden Sozialpolitik ist niemandem geholfen.

Vor der Kommunalwahl hat der Kreistag endlich eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft beschlossen. Das hatte DIE LINKE. immer wieder beantragt. Leider ist das Projekt schon gefährdet, ehe es beginnt. Denn die WoBau wurde nur mit 2,1 Millionen Euro Kapital ausgestattet. DIE LINKE. verlangt die zehnfache Summe, damit eine erfolgreiche Arbeit gelingen kann.

Folge 20:



Nicht übermütig werden!

Foto: Canva



Hartz4 wurde um ganze drei Euro erhöht. Aber feiern Sie jetzt bloß nicht drei Tage durch!

Seit dem 1. Januar 2022 gibt es drei Euro mehr für Menschen, die auf Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II angewiesen sind. Alleinstehende Erwachsene erhalten dann 449 Euro im Monat – Paare je Person 404 Euro.

Kinder bekommen zwei Euro mehr, also 285 Euro bzw. 311 Euro; ältere Kinder 376 Euro (+3 Euro).

Der Zuschuss für Schulbedarf erhöht sich im ersten Schulhalbjahr von 103 auf

104 Euro und für das zweite Schulhalbjahr von 51,50 auf 52 Euro.

Dagegen lag im Dezember 2021 die Inflationsrate bei 5,3 Prozent über dem Vorjahr. Das bedeutet: Alles wird teurer. Für Lebenshaltung müssen etwa 5.5% mehr aufgebracht werden. Die Energiekosten sind sogar um drastische 38 % angestiegen.

Wieder einmal bewahrheitet sich: Hartz4 ist Armut per Gesetz.

Goldgrube Pandemie

Die Corona-Pandemie verschärft soziale Ungleichheit weltweit. Zu diesem Ergebnis kommt die jüngste Oxfam-Studie.

Das Vermögen der zehn reichsten Männer (ja, nur Männer!) hat sich von 2020 bis Ende 2021 verdoppelt: auf 1,5 Billionen Dollar.

Die Kehrseite: In der gleichen Zeit rutschten mehr als 160 Millionen Menschen in extreme Armut ab.

Oxfam forderte von den Regierungen, Konzerne und Superreiche zur Finanzierung sozialer Grunddienste stärker zu besteuern, für globale Impfgerechtigkeit zu sorgen und die Wirtschaft am Gemeinwohl auszurichten.

In der Krise haben mehr als 100 Länder die Sozialausgaben gekürzt. Mindestens 73 Länder drohen mit weiteren Sparmaßnahmen.

Inzwischen haben sogar 100 Milliardär:innen eine Reichensteuer vorgeschlagen. Eine solche Steuer brächte jährlich über 2,5 Billionen US-Dollar für das Gemeinwohl.

Impfpflicht? Testpflicht?

Eine Impfpflicht ist dann sinnvoll, wenn ein Erreger nachhaltig angegriffen werden kann. Zum Beispiel bei Masern, Polio oder Pocken. Die WHO - die Weltgesundheitsorganisation - formuliert als Ziel die Ausrottung dieser Krankheiten.

Dieses Ziel ist bei einem schnell mutierenden Virus nicht realistisch. Das Covid-Virus gehört wie das Grippe-Virus zu den schnell mutierenden Arten. Niemand käme beim Grippe-Virus auf die Idee, eine Impfpflicht zu fordern. Covid-Impfungen können vor schweren Krankheitsverläufen schützen. Das ist natürlich viel wert. Deshalb sollte man sich impfen lassen. Aber die Pandemie lässt sich damit nicht beenden.

Da sich auch Geimpfte anstecken können und dann auch selbst ansteckend sind, wäre vielleicht eine Testpflicht sinnvoller als eine Impfpflicht.

Die Krise hat System

Über Pioniertaten, Pannen und Profite.

Ein Gespräch über Corona mit den Kreistagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE.

Zwei Jahre Pandemie. Wie geht es euch?



Anja ElFechtali: Zum Glück hat sich bis jetzt niemand von uns infiziert. Wir sind geimpft und versuchen vorsichtig zu sein. Doch gerade in dieser Corona-Zeit kommen viele Menschen zu uns in den Roten Laden, weil sie Probleme haben. Dort bietet die Linke Hartz4-Hilfe zweimal in der Woche Sprechstunden an. Ämter oder andere Anlaufstellen sind derzeit schlecht erreichbar. Unterstützung, Beratung oder schnelle Hilfe gibt es wenig. Die Kreistagsfraktion der Linken unterstützt die Sprechstunde. Mit Luftfiltern, Tests und einem Hygienekonzept konnte die Arbeit weiterlaufen.

Corona ist auch eine soziale Krise. Während Konzerne mit Milliardenhilfen unterstützt wurden, hat man das arme, einkommensschwache Fünftel der Gesellschaft vergessen. Für sie gab es 150 Euro Einmalzahlung. Jetzt soll es wohl noch einmal 135 Euro wegen der gestiegenen Energiekosten geben. Damit lässt sich keine Gas- oder Ölrechnung bezahlen. Auch die kleinen Selbständigen wurden zu spät und unzureichend unterstützt. Pleiten und Entlassungen waren die Folge.

Es gibt viel Kritik an der Corona-Politik. Ist das berechtigt?



Malin Potengowski: Ich bin froh, dass relativ zügig Impfstoffe entwickelt werden

konnten. Das waren echte Pioniertaten! Deutlich wurde dabei aber, wie wichtig eine finanziell gut ausgestattete Forschung ist. Und dass Forschung staatlich sein muss. Biontech ist ein privates Unternehmen. Seine Grundlagenforschung war mit 375 Millionen Euro staatlich gefördert worden. Die Milliardenprofite werden nun privat vereinnahmt.

Die Firma hat sogar gefordert, an ihren Standorten Mainz und Marburg die Gewerbesteuer zu senken. Leider ist sie damit durchgekommen.

Auch dass die Patente nicht freigegeben werden zeigt, dass Profite und nicht die Gesundheit der Menschen im Mittelpunkt stehen. Arme Länder können sich teure Impfstoffe nicht leisten. In vielen Ländern sind gerade mal ein Prozent geimpft. Da kann nicht nur das Virus munter mutieren - es sterben unnötig Menschen. So etwas ist unverantwortlich! In einer Pandemie müssen alle Menschen Zugang zu Medikamenten haben. Damit sie schnell und billig hergestellt werden können, sind Patente freizugeben!

Der Bundesregierung sind hier Menschenrechte egal. Sie unterstützt lieber profitorientierte Privatunternehmen.

Wie beurteilt ihr die Maßnahmen gegen die Pandemie?



Gabi Faulhaber: In diesen zwei Corona-Jahren gab es zahlreiche Falschaussagen, Pannen und Skandale. Wenn der Grund für falsche Politik die Unkenntnis über das neue Virus ge-

wesen ist, kann man das ja vielleicht entschuldigen. Doch viel zu oft waren es andere Gründe:

Da hieß es, Masken helfen nichts. Nur weil man keine Masken bevorratet hatte und auch hierzulande keine mehr hergestellt werden. Medizin und Medizinprodukte werden inzwischen billiger in Indien und China produziert.

Da gab es Ausgangssperren - auch im Freien. Dabei war klar, dass sich Aerosole im Freien schnell verflüchtigen. Da gab es einen Lockdown nur im privaten Bereich. Jedoch geht das Virus nicht nachts spazieren, sondern tagsüber arbeiten. Da behauptete man,

Fortsetzung nächste Seite



Die Corona-Pandemie wird genutzt, um die Krisenlasten auf die Bevölkerung abzuwälzen. Während Banken und Konzerne mit Milliarden-Paketen gerettet werden, müssen die arbeitenden

Menschen zahlen: Lohnverzicht und Jobverlust, Kurzarbeit einerseits und Arbeitszeitverlängerung andererseits, Verbrauchersteuern, explodierende Energiepreise.

Fortsetzung von Seite 5

Die Krise hat System

Kinder seien nicht von Corona betroffen. Sind Kinder denn keine Menschen? Natürlich können sie sich anstecken und das Virus übertragen - auch wenn sie seltener Krankheitssymptome zeigen. Warum also diese Aussagen? Weil Hygienekonzepte für Schulen und Kitas zu teuer erscheinen? Weil man zurückschreckt, für digitale Lernplattformen zu sorgen? Weil Luftfilter zu viel kosten? Inzwischen kommt der Gesellschaft dieses Zögern teuer zu stehen, weil die soziale Entwicklung der jungen Generation deutlich leidet.

Und das Wirrwarr geht ja noch weiter. Beispiele? Mit Johnson&Johnson Geimpfte werden zu ungeimpften Personen erklärt. Weil man nicht genug Tests hat und zu wenig Kapazität in Laboren, sollen jetzt PCR-Tests unnötig sein. Schnelltests, von denen bekannt ist, dass sie unzuverlässig sind, verbleiben im Handel. Dabei wäre eine Testpflicht wohl besser als eine Impfpflicht.

Auch Geimpfte können infiziert und ansteckend sein. Dass hohe Testkapazitäten möglich sind, macht uns gerade Österreich vor.

Es ist unmöglich, die vielen Widersprüche hier aufzuzählen. Aber alle merken doch, dass es nicht nur Unsicherheit in einer neuen

Situation ist. Zu oft ist es politisches Kalkül.

Man will selbst absahnen, Profitinteressen der Wirtschaft sichern, vor einer Wahl gut dastehen, Krankenhäuser stilllegen oder privatisieren. Wer soll da noch Vertrauen in die Politik haben?



Es gibt an der Corona-Politik viel zu kritisieren aber Mit Nazis geht man nicht spazieren!

Dass Menschen ihre Kritik an der Corona-Politik auf die Straße tragen, verstehen wir gut. Das Demonstrationsrecht muss auch in einer Pandemie gelten.

Schwierig wird es, wenn rechte Gruppen diese Proteste organisieren und den Unmut der Teilnehmenden

für ihre Zwecke instrumentalisieren. Man sollte hinsehen, mit wem man demonstriert: Wird gegen Andersdenkende gehetzt, wehen Naziflaggen, oder werden rechte Parolen gerufen, ist man ganz sicher mit den falschen Leuten unterwegs. Das gilt auch für die AfD.

Fortsetzung von Seite 1

Sparkasse schließt Filialen

Argument nicht, dass die Filialen immer weniger besucht werden. Natürlich soll man das Online-Geschäft ausweiten. Und selbstverständlich braucht man in vielen Fällen keine große Filiale, die jeden Tag geöffnet hat. Man könnte ja auch tageweise oder stundenweise eine kleinere Filiale betreiben. Auch so werden Kosten eingespart. Doch zumindest sollte ein Briefkasten erhalten bleiben.

Denn zuerst ist die Sparkasse Dienstleister für die Bürger:innen. Es sind nicht nur ältere Menschen, die kein onlinebanking wollen oder nicht so einfach zur nächsten Filiale reisen können.

Besonders, dass die treuen langjährigen Bankkunden von der Sparkasse abgehängt werden, mag den Linken nicht einleuchten.

Offenbar haben sich die meisten Politiker:innen im Verwaltungsrat der Sparkasse nicht gegen die Filialschließungen gestellt, trotz der vielen aufgeregten Pressemeldungen.

Fortsetzung von Seite 1

Bombenstimmung!

Der Russe steht vor der Tür. Die Älteren unter uns erinnern sich, dass er dort schon seit 1947 steht. Doch diesmal stimmts. Sonst würden doch nicht alle Medien aus allen Rohren gegen Russland schießen, oder?

USA und NATO verbreiten: Ein russischer Angriff auf die Ukraine steht unmittelbar bevor. Andererseits schreibt die FAZ unter Berufung auf deutsche Geheimdienstquellen: „Um es klar zu sagen: Bisher ist kein westlicher Geheimdienst zu dem Schluss gekommen, dass der russische Präsident einen Angriff auf die Ukraine befohlen hat – auch die amerikanischen Dienste nicht.“ Und inzwischen bekommt selbst die Ukraine Angst. Denn wenn das Säbelrasseln zum Krieg führt, dann auf ihrem Territorium. Gerät für die Ukraine die Lage außer Kontrolle? Der ukrainische Präsident warnte jedenfalls vor westlicher Panikmache.

Russland verlangt seinerseits von der NATO Sicherheitsgarantien. Immerhin fanden an den russischen Grenzen Manöver mit zehntausen-

den NATO-Soldaten statt. Die Truppenpräsenz soll nun erhöht werden und man will sogar dauerhaft Soldaten im Grenzgebiet aufstellen. In der Ukraine ist die Stationierung von Mittelstreckenraketen geplant, die in kürzester Zeit das russische Territorium erreichen können. Stetig hat sich die NATO nach Osten erweitert. Jetzt soll die Ukraine auch noch NATO-Mitglied werden. Aus dieser Sicht sind die russischen Sorgen durchaus berechtigt. Um zu diesem Schluss zu kommen, muss man Russland nicht mögen.

**Mach
mit!**



Chorprobe
dienstags, 18.30 Uhr,
Roter Laden. Testpflicht.

Sprechstunden im Roten Laden



Im Roten Laden, Usagassee 26, Friedberg, (Foto) können Sie jeden Montag von 14 bis 16 Uhr und jeden Donnerstag von 16 bis 18 Uhr mit der Fraktion der Linken im Kreistag sprechen.



Wenn Sie Probleme mit dem Jobcenter oder Sozialamt haben, steht Ihnen die „**Linke Hartz4-Hilfe Wetterau**“ ebenfalls montags von 14 bis 16 Uhr und donnerstags von 16 bis 18 Uhr mit Rat und Tat zur Seite (werktags).

Mail: Linke-Hartz4-Hilfe-Wetterau@web.de

Telefon: 06031 1695707 (AB)

Mehr als tausend Hilfegespräche im Jahr

2021 hat das Team der Linken Hartz4-Hilfe gut 1050 Hilfespräche geführt. Durchschnittlich kamen 14 Personen zu einer Sprechstunde. Oft waren komplexe Sachverhalte zu klären. Und wegen Corona waren Behörden, Jobcenter und auch andere Hilfsangebote nicht oder nur schlecht zu erreichen. Das setzte die Hilfesuchenden unter großen Druck. In vielen Fällen konnte aber doch geholfen werden.



.....

• So erreichen Sie **DIE LINKE.**

• Fraktion im Kreistag der Wetterau, ViSdP.: Gabi

• Faulhaber, Karben, Tel. 06039 7912, [www.die-linke-](http://www.die-linke-wetterau.de)

• wetterau.de, info@die-linke-wetterau.de

• O Ich möchte Informationen über DIE LINKE.

• Mich interessiert besonders das Thema:

• _____

• O Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE. werden.

• Name: _____

• Geburtsdatum: _____

• Beruf: _____

• Anschrift: _____

• Telefon: _____

• e-mail: _____

.....